

## Es geht ums Leben

---

Dieter Burgmann, geb. 1939 im Siegkreis, arbeitete nach dem Ingenieurstudium in einem Nürnberger Großbetrieb, trat der IG Metall bei und wurde in den Betriebsrat gewählt. Als Gründungsmitglied der Grünen kam er 1983 in den Deutschen Bundestag und vertrat die Fraktion im Wirtschaftsausschuß. Auch nach der Rotation arbeitet er in der Fraktion weiter an den Themenbereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Mitbestimmung und Gewerkschaftspolitik.

### Die Weichenstellung

Die Wahlentscheidung im Januar 1987 vollzieht sich vor dem Hintergrund einschneidender Ereignisse der letzten Jahre:

- Die Arbeitslosigkeit erreichte im Jahr 1985 mit über zweieinhalb Millionen Personen den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik und hat sich seitdem kaum verändert.
- Die Steigerung in den Rüstungshaushalten der letzten Jahre konnte nur durch drastische Kürzungen im sozialen Bereich finanziert werden.
- Nach der Aufstellung der Mittelstreckenraketen wurden mit dem Einstieg in die Weltraumrüstung nicht nur eine neue Drehung an der Rüstungspirale eingeleitet, sondern eine ganz neue Dimension eröffnet, die im wahrsten Sinne des Wortes ins Unendliche geht. Das bezieht sich nicht nur auf den Raum, sondern auch auf die Gefahren und die Kosten.
- Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Frühjahr dieses Jahres und die jüngste Chemiekatastrophe in Basel haben - vielleicht als letzte Warnung - demonstriert, welchen Risiken uns Technokraten, Manager und Politiker aussetzen.

In diesem Zusammenhang wäre noch manches wichtige Ereignis anzuführen. Aber es geht hier nicht um Vollständigkeit, sondern darum anzudeuten, in welchen Problemen wir stecken und von welcher entscheidenden Bedeutung es ist, wie die Weichen in den nächsten Jahren, insbesondere am 25. Januar 1987, gestellt werden: Soll der Zug in die eben skizzierte Richtung weiterrollen, oder gelingt es, ihn abzubremsen und auf ein anderes Gleis zu leiten?

In dieser Situation ist es richtig und wichtig, daß der DGB seinen Anhängern mit den Wahlprüfsteinen Kriterien an die Hand gibt, die sie zu ihrer Wahlentscheidung hinzuziehen können.

Die Grünen stellen fest, daß die meisten Forderungen der DGB-Prüfsteine in der grünen Programmatik und den konkreten parlamentarischen Initiativen der Grünen enthalten sind. Angesichts der zuvor genannten Problemstel-

lung greifen die Forderungen des DGB nach unserer Meinung jedoch zum Teil zu kurz, zum Teil werden wichtige Fragestellungen ganz ausgelassen.

### Es geht ums Leben

Die *Friedensproblematik* kann nicht, wie in den Prüfsteinen, auf das Einfrieren des Rüstungshaushaltes reduziert werden. Die Beteiligung an SDI und EUREKA sind, ebenso wie die stationierten Mittelstreckenraketen, von solcher Bedeutung für alle Menschen, daß sie eines eigenen Prüfsteines bedürfen.

Die *Umweltpolitik* ist nicht ausschließlich mit Milliarden zu bewerkstelligen, die in diesen Bereich gepumpt werden sollen. Schließlich sind die Beschäftigten die ersten, die Dreck und Gift schlucken müssen - am Arbeitsplatz wie im Wohnbereich. Sie können sich nicht auf die Bahamas flüchten. Deshalb werden die Gewerkschaften nicht umhinkommen, sich mit der Produktion immer neuer Gifte in der Chemieindustrie auseinanderzusetzen. Ich hoffe, daß sie uns eines Tages in dem Ziel unterstützen werden, Produkte und Verfahren zu entwickeln, die so ungiftig sind, daß Katastrophen wie in Basel undenkbar werden und nicht immer neue Giftdeponien als tickende Zeitbomben entstehen. „Gefahrlose Abfallbeseitigung“, wie in den Prüfsteinen gefordert, wird letztlich erst möglich sein, wenn die Abfälle so gefahrlos sind, daß sie in den Natur- oder Produktionskreislauf zurückgeführt werden können.

Nach *Tschernobyl* ist den Menschen in der Bundesrepublik deutlich geworden, daß der Ausstieg aus der Atomenergie eine lebenswichtige Frage ist. Auch der DGB hat dieser Erfahrung Rechnung getragen und sich zu einer Ausstiegsforderung durchgerungen. Ist diese existenzielle Frage nicht eines Wahlprüfsteines wert? Der DGB versteckt seine Forderung fast verschämt in einen Nebensatz.

*Frauen* kämpfen seit Beginn der Arbeiterbewegung solidarisch an der Seite der Männer um die Rechte der abhängig Beschäftigten wie um ihre eigenen Rechte. Die Gesellschaft aber wird immer noch von Männern geprägt - und die Gewerkschaften ebenso. Auch in den Gewerkschaften wäre mehr Solidarität mit den Frauen notwendig. Schließlich werden mit der Diskriminierung verschiedener Gruppen und dem Gegeneinanderauspielen Herrschaftsverhältnisse zementiert, die für die heutigen Zustände verantwortlich sind. Auch dieses Problem wäre eines eigenen Wahlprüfsteines wert gewesen.

Natürlich kann der DGB mit seinen Wahlforderungen keinen Warenhauskatalog anbieten. Aber wenn er Entscheidungshilfen geben will, muß er die zentralen Probleme herausarbeiten, die für die arbeitenden Menschen von existenzieller Bedeutung sind, und das ist mehr als Arbeit und Soziales. Ich wünsche mir von meiner Gewerkschaft, daß sie die zentralen Probleme nicht ausklammert, sondern sich einmischt, und ich wünsche mir als Grüner, daß wir darüber in eine fruchtbare Auseinandersetzung kommen, die beide Seiten weiterbringt.

### Neue Probleme der Wirtschaft

Selbst oder gerade wenn der DGB sich auf den ureigensten Bereich von Wirtschaft- und Sozialpolitik beschränken will, darf er wichtige Fragen in diesem Bereich nicht ausklammern.

Eine dieser Fragen ist die *Exportlastigkeit* unserer Wirtschaft. Der ständig steigende Exportüberschuß bedeutet einerseits den Export von Arbeitslosigkeit, insbesondere in die Länder der Dritten Welt, zum anderen eine zunehmende Exportabhängigkeit der Wirtschaft und damit auch des Arbeitsmarktes. Das zerstört die regionalen Wirtschaftsstrukturen und be- oder verhindert eigenständige Entwicklungen im sozialen und ökologischen Bereich. Die internationale Konkurrenzfähigkeit wird zum beherrschenden Kriterium jeder Entwicklung. Die Grünen fordern deshalb in der Weltwirtschaft Solidarität mit der Dritten Welt und Verringerung der Exportabhängigkeit statt neuer Exportoffensiven auf den Weltmärkten. Der richtige Weg liegt in der Einsparung von Energie und Rohstoffen, in der Entwicklung sanfter Technologien, die gerade auch in der Dritten Welt eine eigenständige Entwicklung ermöglichen und im Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen.

Warum fehlt in den Wahlprüfsteinen die Forderung der IG Metall nach *Vergesellschaftung der Stahlindustrie*? Ffrier ist eine ganze Branche von tiefgreifender Umstrukturierung betroffen. Geht die Entwicklung so weiter, wird in einigen Jahren die Stahlproduktion in wenigen Großanlagen an Rhein und Ruhr konzentriert sein. Sollen Standorte und Arbeitsplätze erhalten bleiben, ist eine Neuordnung nach regionalen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten unverzichtbar. Bei den bestehenden Besitzverhältnissen wird diese Neuordnung nach dem Gewinnmaximierungsprinzip erfolgen. Mit der Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie könnte der DGB beispielhaft deutlich machen, daß er eine längerfristige gesellschaftliche Perspektive hat und es ihm nicht nur um kurzfristige Besitzstandsverteidigung geht.

*Wachstum* ist kein Mittel mehr zur Überwindung der Arbeitslosigkeit - und zwar auch dann nicht, wenn man es als qualitativ verklärt. Sechs bis sieben Prozent Wachstum wären über Jahre notwendig, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Das würde eine Verdoppelung der Produktion in zehn bis zwölf Jahren bedeuten. Es ist einsichtig, daß das in der hochentwickelten Bundesrepublik ökonomisch nicht machbar und ökologisch nicht verkraftbar ist. Die Grünen gehen deshalb in ihrem Umbauprogramm davon aus, daß es Bereiche gibt, in denen ein Nachholbedarf besteht und damit auch Wachstum notwendig ist, beispielsweise im öffentlichen Verkehrswesen, daß aber andererseits wohl auch Einschränkungen notwendig sind, wie etwa im Großstraßenbau.

Es ist klar erkennbar, daß im öffentlichen Verkehrswesen mit dem gleichen Kapitaleinsatz mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können als im Großstraßenbau, im Bereich Energiesparen und Erschließung alternativer Energie-

quellen mehr als in der Atomwirtschaft, bei der Stadterneuerung mehr als mit Großbaustellen, in der Erziehung und Qualifikation mehr als in der Rüstung.

#### Sinnvolle Investitionen und Umstrukturierung der Wirtschaft

Die Grünen haben bereits 1983 in ihrem Programm „Sinnvoll arbeiten - solidarisch leben“ gefordert (und später im Umbauprogramm ausführlich dargestellt), daß in Bereichen wie Energieeinsparung, Umweltschutz, Recycling und Abfallwirtschaft, öffentliches Verkehrswesen und soziale Dienste mehr investiert und sinnvolle neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Insofern stimmen wir mit der DGB-Forderung überein. Scharfe Umweltauflagen für Kraftwerke und Industrie sind nicht nur dringend, sondern führen auch zu neuen Investitionen und Innovationen. Auch das schafft langfristig sichere Arbeitsplätze.

Wir sind aber dagegen, daß Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe wie in der Vergangenheit aufgelegt werden, ohne daß damit auf strukturelle Veränderungen hingearbeitet wird. Derartige Programme würden verpuffen und neue, größere Probleme nach sich ziehen. Eine umweltfreundliche Energieversorgung muß über dezentrale Strukturen in den Regionen organisiert werden. Handwerks- und Kleinbetriebe der Region müssen einbezogen, die Investitionen der öffentlichen und privaten Haushalte und der Industrie aufeinander abgestimmt und Ausbildung und Qualifikation entsprechend ausgerichtet werden. Wir brauchen wieder funktionierende regionale Wirtschaftsstrukturen, wenn die Arbeitsplätze langfristig gesichert werden sollen. Die Grünen schlagen deshalb eine Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen sowie regionale Strukturfonds vor, über die die Region eigenständig verfügen kann. Die Beteiligung der Gewerkschaften, aber auch der Natur- und Umweltschutzverbände an der regionalen Wirtschaftsplanung und Entwicklung scheinen mir unerläßlich, wenn die sozialen und ökologischen Belange ausreichend berücksichtigt, oder besser: zur Zielperspektive dieser Entwicklung werden sollen.

Ein weiteres Beispiel: Die Investitionen im Bereich des öffentlichen Verkehrswesens müssen mit Einschränkungen des Straßenbaus einhergehen. Die Subventionierung des Lkw- und Pkw-Verkehrs muß eingestellt und diesen Verkehrsteilnehmern müssen die tatsächlich verursachten Kosten auferlegt werden. Nur dann können wir erreichen, daß die Menschen ihr Auto zu Hause lassen und daß die Arbeitsplätze bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben langfristig gesichert sind.

Zur *Finanzierung* dieser Aufgaben schlagen die Grünen drastische Kürzungen im Rüstungsbereich vor, eine Umverteilung innerhalb der Haushalte zugunsten der zuvor erwähnten dringenden Aufgaben und vor allem eine Steuerreform, die mehr Mittel für diese Aufgaben bereitstellt. Die vom DGB vorgeschlagene „Ergänzungsabgabe“ halten wir für ungeeignet, weil sie nur eine Übergangsmaßnahme ist. Die zu lösenden Probleme werden aber nicht in zwei oder drei Jahren erledigt sein.

Kernpunkte grüner Steuerreform sind:

- Anhebung des Grundfreibetrages auf 9 990 DM pro Jahr und des Spitzensteuersatzes für Einkommen über 130 000 DM pro Jahr,
- doppelter Grundfreibetrag für Ehepaare, aber Streichung des Ehegattensplittings,
- verbesserte Erfassung hoher Zinseinkommen und progressive Vermögensbelastung,
- Besteuerung umweltschädlicher Produkte und Konsumgüter (Umweltabgabe),
- Stärkung der Gemeindefinanzen.

Der *öffentliche Dienst* hat bei der Umsetzung der genannten Vorhaben eine herausragende Aufgabe.

Privatisierungen, wie sie von der Bundesregierung aus ideologischen Gründen betrieben werden, lehnen wir ab.

Die *Jugendarbeitslosigkeit* muß insbesondere unter dem Gesichtspunkt der neuen Aufgaben und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze gesehen werden. Wie der DGB fordern wir die Schaffung eines ausreichenden Überangebots an Ausbildungsplätzen durch eine Umlagefinanzierung. Ausbildung und Qualifikation müssen auf die neuen Herausforderungen zugeschnitten werden; neue Berufsbilder müssen geschaffen werden, wie zum Beispiel Instandsetzer/innen, Abfalltechniker/innen und so weiter.

#### Arbeit besser verteilen

Angesichts der ökonomischen und ökologischen Probleme sind die Grünen der Meinung, daß es nicht um die künstliche Schaffung *neuer*, sondern vor allem um eine bessere Verteilung der *vorhandenen* Arbeit geht. Während die einen durch Akkord und Leistungsstreß krank werden, leiden die anderen unter Arbeitslosigkeit. Die Arbeit muß also durch gesetzliche und tarifliche Maßnahmen verkürzt werden.

Dabei hat für uns die *Wochenarbeitszeit* eindeutig Vorrang, weil sie die Menschen im Alltag entlastet und ihnen mehr tägliche Freizeit gibt. Das erleichtert vor allem auch die häusliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Zur Darstellung ihrer Position sowie zur Unterstützung des Kampfes von IG Metall und IG Druck um die 35-Stunden-Woche haben die Grünen einen Arbeitszeitgesetzentwurf vorgelegt, nach dem

- die gesetzliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt,
- die Überstunden auf zwei pro Woche und auf unbedingt notwendige Fälle begrenzt sowie Freizeitausgleich gegenüber Geld bevorzugt werden sollen,
- jede kapazitätsorientierte Flexibilisierung ausgeschlossen,
- dafür aber die Freizeitnahme nach den Bedürfnissen des Beschäftigten geregelt werden sollen.

Eine *Vorruhestandsregelung*, die an Tarifverträge gebunden ist, lehnen die Grünen ab, weil sie die Gewerkschaften im Kampf um Arbeitszeitverkürzung

spaltet. Die einen kämpfen für die 35-Stunden-Woche, die anderen für die Vorruhestandsregelung. Ebenso lehnen wir eine zwangsweise Frühverrentung ab. Dem Bedürfnis vieler Kolleginnen und Kollegen nach früherem Ausscheiden aus dem Berufsleben muß mit einer Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze entgegengekommen werden.

#### Den technischen Wandel sozial und ökologisch gestalten

Die technologische Entwicklung wird heute fast ausschließlich profitorientiert vorangetrieben. Soziale und ökologische Gesichtspunkte fallen dabei weitgehend unter den Tisch. Es ist also wichtig, daß die Menschen innerhalb und außerhalb der Betriebe sich in diese Entwicklung einmischen.

Die Grünen sehen in dem Gesetzentwurf des DGB zum *Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)* einen deutlichen Fortschritt hin zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz und zur Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien. Gift- und Rüstungsproduktion beweisen aber, daß es dringend ist, auch eine gesellschaftliche Beeinflussung von Produktion und Produkten zu erreichen. Deshalb fordern die Grünen Mitbestimmung auch über die Einführung neuer Produkte und Produktionen. So sollen auch Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die betrieblichen Konversiongruppen ihre Vorschläge zur Geltung bringen können. Wir fordern überdies die gesetzliche Regelung des uneingeschränkten *Akteneinsichtsrechts* für den Betriebsrat, damit er den genannten Aufgaben gerecht werden kann.

Der *Datenschutz* soll dadurch verbessert werden, daß nur solche Daten gespeichert werden dürfen, die zur Berechnung des Einkommens und der gesetzlichen Abzüge unerlässlich sind. Der Betriebsrat muß im gesamten Datenbereich, von der Programmerstellung bis zur Verwertung, Mitbestimmungsrechte haben. Der Datenschutzbeauftragte soll von der Betriebsversammlung bestätigt werden.

Arbeitslosigkeit, Umweltkatastrophen und heftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die *technologische Entwicklung* nicht einfach weitertreiben kann, sondern gesellschaftlich kontrolliert und beeinflußt werden muß. Als Einstieg in die Diskussion über die ökologischen und sozialen Folgen der Technik haben die Grünen die Einsetzung der Enquete-Kommision des Bundestags zur Technologiefolgenabschätzung (TA) unterstützt und setzen sich für deren Fortsetzung und die Einrichtung einer ständigen TA-Einheit beim Deutschen Bundestag ein. Außerdem fordern die Grünen im Umbauprogramm eine Neuorientierung der staatlichen Forschungspolitik in Richtung ökologischer und sozialer Probleme.

#### In der Krise beweist sich der Sozialstaat

Bereits unter der sozial-liberalen Regierung wurde auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Kürzungen im sozialen Bereich reagiert. Die Folgen wurden also auf die schwächsten Glieder der Gesellschaft abgewälzt. Die Kohl-

Regierung betreibt nun eine gezielte Spaltung der Gesellschaft, indem sie weiteren drastischen Sozialabbau mit Steuerleichterung für die Reichen verbindet. Sie glaubt sich eine zunehmende Verarmung der älteren und erwerbslosen Bevölkerung leisten zu können, solange sie die Bevölkerungsmehrheit mit Versprechungen ködern kann.

Nicht die Arbeitslosen tragen Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit, sondern Politiker und Wirtschaft. Deshalb ist es die erste Pflicht der Politiker - solange sie nicht ausreichend Arbeitsplätze bereitstellen können -, wenigstens für ein ausreichendes Einkommen zu sorgen.

Die Grünen haben deshalb zu den Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren ein *Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut* vorgelegt. Kernpunkte sind eine Mindestabsicherung für Arbeitslose, die ihnen den Gang zum Sozialamt erspart und die Anhebung des Sozialhilfesatzes um etwa 30 Prozent. Aus dieser Grundeinstellung der Grünen ergibt sich selbstverständlich, daß wir die Sozialkürzungen der vergangenen Jahre ablehnen und uns weiterhin für deren Rücknahme einsetzen. Schon bei den ersten Haushaltsberatungen 1983 haben die Grünen beantragt, daß der Bund seinen Zuschuß an die Rentenversicherung auf den vollen Betrag der Fremdleistungen anhebt. Dazu fordern wir einen Grundsicherungsanspruch für alle alten Menschen in Höhe von 1200 DM je Monat.

Eine *Wertschöpfungssteuer* soll an die Stelle der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung treten. Unsere längerfristige Perspektive ist eine aus dieser Steuer finanzierte Grundrente nebst einer beitragsfinanzierten Zusatzversicherung.

#### Demokratie duldet keine Ausnahme

Es ist ein großer Mangel unserer Demokratie, daß einer der wichtigsten Bereiche unserer Gesellschaft, die Wirtschaft, von demokratischer Entscheidung weitgehend ausgenommen ist. Die *Demokratisierung der Wirtschaft* ist deshalb für die Grünen ein unverzichtbarer Bestandteil ihres demokratischen Ansatzes. Deshalb unterstützen wir, wie bereits erwähnt, die Forderung der IG Metall und der Kollegen in den Stahlwerken nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Ebenso treten wir für die Stützung selbstverwalteter Betriebe und für Betriebsübernahmen durch Belegschaften in Selbstverwaltung ein. Das können Modelle für zukünftige Formen des Lebens und Arbeitens sein. Für die Wirtschaftsentwicklung auf absehbare Zeit entscheidend sind aber die Betriebe, bei denen der Unternehmer bestimmt und die Beschäftigten ihre Interessen über Betriebsräte und Gewerkschaften im Rahmen der Mitbestimmung erstreiten müssen. Die Widerstandskraft der Belegschaften zu stärken, ist Kernpunkt grüner Haltung zur Mitbestimmung. Unsere Vorstellungen gehen in einigen Bereichen über den Gesetzentwurf des DGB zum BetrVG hinaus: So haben wir in unserem Vorschlag die Friedenspflicht aus dem Gesetz herausgenommen. Meinungs- und Gewissensfreiheit sind in unseren Gesetzes-

Vorschlag ebenso aufgenommen wie das Recht, bei Gesundheitsgefährdung die Arbeit zu verweigern. Die Rechte der Frauen sollen durch Quotierung verankert werden. Zur Sicherung der Montanmitbestimmung unterstützen wir kurzfristig den Gesetzesvorschlag der SPD. Langfristig soll auf Grundlage der Montanmitbestimmung eine wirklich paritätische Mitbestimmung für alle Großbetriebe entwickelt werden. Der Vorschlag von Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträten ist zwar im Bundesprogramm der Grünen enthalten, seitdem aber noch nicht weiter ausgearbeitet worden.

#### Streikrecht ist Grundrecht

Aussperrung ist Willkür. Deshalb haben die Grünen auf dem Höhepunkt des Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche einen *Gesetzentwurf zum Verbot der Aussperrung* in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem auch die kalte Aussperrung untersagt ist, das heißt die Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber entsprechend dem Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt ist. Selbstverständlich haben wir die Änderungen am § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) abgelehnt, weil sie auf die Streikfähigkeit der Gewerkschaften zielt. Das gleiche gilt für den Einsatz von Beamten als Streikbrecher.

Die großen Probleme, die vor uns stehen, werden nicht konfliktfrei gelöst werden können. Die Zeiten, zu denen sich die meisten Probleme in Wachstum und Wohlstand aufgelöst haben, sind vorbei. Die Interessengegensätze prallen hart aufeinander. Das Kapital hat in der derzeitigen Regierung einen Helfer gefunden, der seine Interessen skrupellos auf Kosten der Schwachen, der Umwelt und der Dritten Welt durchsetzt. Die Entwicklung und Durchsetzung einer Alternative zu dieser zerstörerischen Politik wird davon abhängen, inwieweit die fortschrittlichen Kräfte, die in der Friedens- und Frauenbewegung, in der Umwelt-, Arbeiter- und Dritte-Welt-Bewegung aktiv sind, zu gemeinsamem Handeln finden. Die Geschichte wird sie einmal nicht nach dem bewerten, was sie unterschieden hat, sondern nach dem, was sie gemeinsam verändert haben.